

# Konflikte rund um Wasser



# Impressum

## Für Menschenrechte. Weltweit.

Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)  
Postfach 2024, D-37010 Göttingen  
Tel.: +49 551 49906-0  
Fax: +49 551 58028  
E-Mail: [info@gfbv.de](mailto:info@gfbv.de)  
Internet: [www.gfbv.de](http://www.gfbv.de)

SPENDENKONTO: 50 60 70  
BLZ: 251 205 10  
Bank für Sozialwirtschaft  
IBAN: DE 07 2512 0510 0000 50 60 70  
BIC: BFS WDE 33 HAN



Die GfbV ist eine Menschenrechtsorganisation für verfolgte ethnische und religiöse Minderheiten; NGO mit beratendem Status bei den UN und mitwirkendem Status beim Europarat. Sektionen/Büros und Repräsentanten in Arbil, Bern, Bozen, Göttingen/Berlin, London, Luxemburg, New York, Pristina, Sarajevo/Srebrenica, Wien

### **Autoren:**

Yvonne Bangert (yb)  
Noémie Böbbs (nb)  
Ulrich Delius (ud)  
Michael Egenolf (me)  
Beate Hunold (bh)  
Judith Kunze (jk)  
Sarah Reinke (sr)  
Marcella Zualla (mz)

### **Redaktion:**

Sarah Reinke  
Inse Geismar

### **Layout:**

Tanja Wiczorek  
Hanno Schedler

**Herausgegeben von der Gesellschaft für bedrohte Völker im März 2013**

## Inhaltsverzeichnis:

# Konflikte um Wasser

1. Einleitung .....	5
2. Das Menschenrecht auf Wasser .....	6
3. Äthiopien/Kenia: Staudamm bedroht Weltkulturerbe Turkana-See .....	7
4. Nigeria: Umweltkatastrophe im Nigerdelta .....	8
5. China: Umstrittener Staudamm-Boom im tibetischen Hochland .....	9
6. Malaysia: Riesiges Süßwasser-Biosphärenreservat wird zerstört .....	10
7. Indien: Staudämme zerstören Lebensgrundlage der Adivasi .....	11
8. Kambodscha: Staudamm am Sesan-Fluss bedroht Chunchiet .....	12
9. Tadschikistan: Rogun-Staudamm verschärft Konflikt mit Usbekistan .....	13
10. Russland: Industrie und Wasserkraftwerke gefährden Indigene .....	14
11. Barentssee durch Industrialisierung und Militarisierung bedroht .....	15
12. Kanada: Aus für den Gewässerschutz .....	17
13. Peru: Wasser oder Gold? Zwei Seen sollen „Conga“-Mine weichen .....	17
14. Guatemala: Giftiges Wasser durch Goldabbau .....	18
15. Argentinien/Paraguay: Guarani-Indianer durch Damm vertrieben .....	19
16. Dürre am Amazonas .....	20
17. Amazonien unter Wasser .....	21
18. Chile: Der „Mapuche“-Faktor und das HidroAysén-Staudammprojekt ....	22



## 1. Einleitung

Wasser ist unser Lebenselixier. Zugang zu sauberem Wasser ist die Grundvoraussetzung für unser Wohlergehen und unsere Würde, aber auch für viele weitere Menschenrechte wie Gesundheit und Bildung. Weltweit haben mehrere Milliarden Menschen keinen Zugang zu sauberem Wasser. Alle 20 Sekunden stirbt deshalb ein Kind. Für indigene Gemeinschaften ist das Wasser traditionell eines der größten Geschenke von „Mutter Erde“. Das machen auch etliche kultische Handlungen, das Verehren des Wassers und seiner Bewohner klar. Viele indigene Gemeinschaften sind auf Fisch als Nahrungsgrundlage angewiesen. Fisch kann nur in weitgehend sauberem Wasser leben. Doch ist es zum Beispiel mit Schwermetallen belastet, dann werden über die Nahrung auch die Menschen vergiftet. Ohne Zugang zu ihren Flüssen, Seen und Meeresküsten ist das Überleben indigener Völker akut gefährdet.

Im UN-Weltwasserjahr 2013 stellt die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) anlässlich des Weltwassertages am 22. März 2013 in diesem Memorandum anhand von Beispielen aus aller Welt Konflikte rund um das Thema Wasser und indigene Völker dar. Flüsse werden in Indien, Russland, Brasilien, Kambodscha und vielen anderen Staaten durch riesige Dämme gestaut, indigene Gemeinschaften zwangsumgesiedelt, ihre Felder und Siedlungen zerstört. Ölförderung verseucht das Grundwasser z.B. im nigerianischen Nigerdelta, in Westsibirien und der Barentsregion. Goldminen leiten Zyanidrückstände in Flüsse, aus denen indigene Gemeinschaften ihr Trinkwasser beziehen und ihren Fisch fangen. Die Vergiftung von Gewässern führt zu schweren gesundheitlichen Schäden der Menschen und ihrer Kinder. Damit wird ihr Menschenrecht auf Gesundheit eklatant verletzt.

Wasser ist in vielen Teilen der Welt nicht mehr frei zugänglich. Fischfangrechte müssen z.B. in der Russischen Föderation gekauft werden. Flüsse werden nicht als Lebensadern gesehen, sondern als Energielieferanten. Dabei verschließen Regierungen und Konzerne die Augen vor den direkten Auswirkungen auf die Umwelt, die Menschen, die von Megastaudämmen für Kraftwerke betroffen sind, und vor der Tatsache, dass jeder Eingriff in den Wasserhaushalt lokale und oft globale Auswirkungen hat. Großprojekte führen in vielen Fällen zu Konflikten zwischen indigenen Gemeinschaften, der Polizei und den Sicherheitsdiensten der Konzerne. Diese Konflikte werden oft lokal ausgetragen, obwohl internationale Geldgeber wie die Weltbank oder internationale Konzerne an den Großprojekten beteiligt sind. Oftmals werden die Proteste der indigenen Gemeinschaften mit Waffengewalt niedergeschlagen, es gibt Tote, Verletzte und Verhaftete.

Erst wenn der Protest von internationalen Unterstützern mitgetragen wird, hat er Aussicht auf Erfolg. Ein Beispiel dafür ist der Ilisu-Staudamm, dem die historische

kurdische Stadt Hasankeyf zum Opfer fallen sollte. In 200 Dörfern wäre den BewohnerInnen die Lebensgrundlage entzogen worden. Nun gab es im Januar 2012 erst einmal Entwarnung: Das oberste Verwaltungsgericht der Türkei verhängte einen Baustopp. 80 Organisationen hatten sich zu Protesten zusammengeschlossen.

Die Gesellschaft für bedrohte Völker fordert internationale Geldgeber von Großprojekten auf, sich konsequent an die höchsten Umweltstandards und an die Regeln der ILO-Konvention 169 zu halten, die von etlichen der betroffenen Staaten ratifiziert wurde. Diese Konvention der bei den Vereinten Nationen angesiedelten Internationalen Arbeitsorganisation (International Labour Organization, ILO) besagt, dass indigene Gemeinschaften frei, informiert und vor jeglichen Maßnahmen befragt werden müssen, wenn Projekte geplant sind, die sie betreffen. Dieser Grundsatz wird systematisch verletzt. Deutsche Banken sowie die Regierung über ihre internationalen Repräsentanzen müssen sich zum Menschenrecht auf Wasser bekennen und ihr konkretes Handeln danach ausrichten. (sr)

## **2. Das Menschenrecht auf Wasser**

Wer es gewohnt ist, zu jeder Tageszeit über sauberes Trinkwasser zu verfügen, sobald nur der Wasserhahn aufgedreht wird, kann kaum ermessen, wie wertvoll es in anderen Teilen der Welt ist. 2009 verbrauchte jeder Deutsche nach Angaben der Bundeszentrale für politische Bildung 4000 Liter Wasser pro Tag. „So viel Wasser wird zur Herstellung landwirtschaftlicher und industrieller Güter benötigt, die wir täglich verbrauchen. Für jede Tasse Kaffee 140 Liter, für jeden Liter Milch 1.000 Liter, für jedes Kilo Steak 16.000 Liter.“

Gleichzeitig hatte mehr als eine Milliarde Menschen keinen Zugang zu sauberem Wasser. Vielfach wird Wasser durch Bergbau oder die Förderung von Erdöl und Erdgas verseucht. Staudämme schneiden Fischer von ihren Fischgründen ab und lassen die Wasserläufe an anderen Stellen austrocknen. Privatisierung der Wasserversorgung macht Trinkwasser vielfach zum unerschwinglichen Gut für die sozial Schwachen. In Bolivien führte der Wasserkrieg von Cochabamba 2002 sogar zum Sturz der Regierung Sánchez de Lozada und der Übernahme der Präsidentschaft durch Evo Morales.

Bolivien war es auch, das 2010 die Initiative ergriff und in den Vereinten Nationen (UN) den Antrag stellte, den Anspruch auf reines Wasser als Menschenrecht in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte zu verankern. „Alle dreieinhalb Sekunden stirbt ein Kind, nur weil es kein sauberes Wasser hat“, sagte Boliviens UN-Botschafter Pablo Solón. 122 der insgesamt 192 UN-Mitgliedsstaaten stimmten dem Antrag Boliviens zu. Diese Entscheidung ist vor allem ein moralischer Sieg, denn einklagbar ist das Recht

auf sauberes Wasser nicht. Dabei ist der Wassermangel schon jetzt absehbar. Auch das Auswärtige Amt stellt auf seiner Website fest: „Mangelnder Zugang zu Trinkwasser und Sanitärversorgung ist eine der zentralen Herausforderungen unserer Zeit. Weitgehend ignoriert von der Öffentlichkeit haben zum Beispiel in Subsahara-Afrika 40 Prozent der Bevölkerung kein Trinkwasser, 70 Prozent keine Toilette. An den daraus resultierenden Krankheiten sterben mehr Kinder als an Malaria, Masern und AIDS zusammen.“ (yb)

### **3. Äthiopien: Riesiger Staudamm bedroht Weltnaturerbe Turkana-See in Kenia**

Die Aussichten sind düster für den Turkana-See in Kenia und seine an den Ufern lebende indigene Bevölkerung. Denn wenn die Berechnungen von Wissenschaftlern stimmen, dann könnte der Wasserspiegel des von der UNESCO als Weltnaturerbe anerkannten Sees schon bald deutlich fallen. Weite Bereiche drohen auszutrocknen und Fischgründe, die von den 300.000 Anliegern des Sees genutzt werden, könnten zerstört werden. Denn das Nachbarland Äthiopien baut am Omo-Fluss den Großstaudamm Gibe III. Zumindest in den ersten Jahren, wenn der 211 Quadratkilometer große Stausee gefüllt wird, wird es keinen nennenswerten Zufluss mehr für den Turkana-See geben. Denn das Wasser, das Jahr für Jahr in den See strömt, kommt zu 85 Prozent aus dem Omo-Fluss. Auch nach der Auffüllung des Staubeckens dürfte die Wassermenge, die den See erreicht, geringer sein denn je zuvor, da aufgrund der hohen Sonneneinstrahlung viel Wasser aus dem Stausee verdunsten wird. Schon heute beklagen Turkana-Ureinwohner und andere indigene Völker, die den Turkana-See zu ihrer Versorgung mit Nahrungsmitteln nutzen, dass der See jedes Jahr weniger Wasser führt und versalzt, so dass der Fischreichtum zurückgeht.

Das Megaprojekt wird nicht nur am Turkana-See Leben zerstören, sondern bedroht auch 500.000 Anlieger des Omo-Flusses in Äthiopien. Unter ihnen sind viele Ureinwohner: Mursi, Kara, Odi und andere indigene Völker. Sie müssen ihr Land in der Nähe des Flusses aufgeben, weil dort ein 151 Kilometer langer Stausee entstehen soll. Auch sollen ausländischen Investoren nach dem Willen der äthiopischen Behörden riesige Flächen in der Umgebung des Stausees für große Landwirtschaftsprojekte zur Verfügung gestellt werden.

Hier wird gezielt Land geraubt, um Investoren aus Indien und Saudi-Arabien attraktive bewässerte Flächen zur langfristigen Pacht anzubieten. Für die meist kleineren, bislang in der Region lebenden indigenen Völker bedeutet dies das Aus, denn ihr Überleben hängt vom Fluss ab. Diese indigenen Völker wollen ihr traditionelles Land nicht verlassen. Doch Äthiopiens Behörden dulden keinen Widerspruch, da der Staudamm als Vorzeigeprojekt gilt und um jeden Preis gebaut werden soll.



Angesichts der absehbaren katastrophalen Folgen des Großprojekts halten sich ausländische Investoren wie die Weltbank oder die Europäische Union zwar mit Zuwendungen zurück. Allerdings ist die Weltbank nicht dazu bereit, allen Projekten eine finanzielle Förderung zu versagen, die mit dem umstrittenen Megaprojekt in Verbindung stehen. So genehmigte sie im Herbst 2012 die Förderung des Ausbaus eines Stromnetzes in der Region, mit der am Gibe-III-Staudamm erzeugte Energie in das Nachbarland Kenia exportiert werden soll. (ud)

#### **4. Nigeria: Umweltkatastrophe im Nigerdelta**

Mit seinem Auftritt bei der Welt-Menschenrechtskonferenz in Wien machte der nigerianische Schriftsteller und Menschenrechtler Ken Saro-Wiwa im Jahr 1993 den Kampf der Ogoni und anderer indigener Völker gegen die Ölverseuchung im Nigerdelta weltweit bekannt. Die rücksichtslose Förderung von Erdöl durch nationale und internationale Energiekonzerne hatte damals die Gewässer und das Erdreich in dem ökologisch empfindlichen Delta massiv beeinträchtigt. Heute, 20 Jahre nach den größten Erfolgen des friedlichen Protests der Ureinwohner, ist die Umweltkatastrophe und die dadurch verursachte akute Bedrohung der indigenen Bewohner der weit verästelten Flussmündung noch größer als damals.

Auch anderthalb Jahre nach der Veröffentlichung eines Berichts der Umweltorganisation der Vereinten Nationen (UNEP) zum Stand der Verseuchung des Deltas bleibt die Regierung Nigerias tatenlos. Dabei hatte der Bericht ein katastrophales Ausmaß der Ölverseuchung festgestellt und ganz konkrete kurz- und langfristige Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung aufgezeigt. So stellte die UNEP fest, dass an mehr als 40 Stellen Erdöl in das Grundwasser eingesickert ist und das Wasser schwer verseucht hat. Meist ist dies auf Öl-Unfälle und leckgeschlagene Pipelines zurückzuführen. Die für die Region typischen häufigen Regenfälle führten dazu, dass das Erdöl weggewaschen wurde und das Delta sowie das Ackerland großflächig verseuchte. Auch das Oberflächenwasser enthält in großem Umfang Erdöl, manchmal sind es dicke Öllachen, die sich über hunderte Meter erstrecken und jedes Leben im Wasser abtöten. Für die mehreren Millionen indigenen Bewohner in der Flussmündung, die sich traditionell auch vom Fischfang ernähren, bedeutet dies eine massive Bedrohung des Überlebens. Auch ihre Gesundheit ist akut gefährdet, da die seit 50 Jahren anhaltende ökologische Verseuchung dazu geführt hat, dass Luft, Wasser und Böden nachhaltig verschmutzt sind und die ganze Nahrungsmittelkette in schwerstem Maße beeinträchtigt ist.

Die Ureinwohner des Nigerdeltas wollen aber nichts mehr von neuen Studien wissen. Für sie ist offenkundig, dass das Leben im Nigerdelta nicht mehr lebenswert ist, wenn nicht endlich wirksame Maßnahmen gegen die zunehmende Umweltverschmutzung ergriffen



werden. Sie fordern eine nachhaltige Säuberung des verseuchten Wassers und Landes. Vor allem müssen aber die oft maroden Pipelines dringend ersetzt werden, um weitere Lecks und Ölunfälle zu verhindern. Doch dazu fehlt es sowohl der nigerianischen Regierung als auch den Ölkonzernen an Willen. Sie sind noch immer nicht bereit, bei der Erdölförderung im Nigerdelta ähnliche Umweltstandards wie in Europa anzulegen. (ud)

## **5. China: Umstrittener Staudamm-Boom im Hochland Tibets**

Tibets Hochebenen gelten als Dritter Pol der Erde. Denn mehr als 46.000 Gletscher bedecken dort eine Fläche der dreifachen Größe Belgiens. Doch aufgrund des Klimawandels schmelzen 82 Prozent der Gletscher. Sie verringern ihre Fläche jedes Jahr um sieben Prozent. Im Himalaya steigen die Temperaturen vier Mal schneller als sonst in China. Die Gletscher sind die Lebensquelle Tibets. Acht der bedeutendsten Flüsse Asiens werden von ihnen gespeist: der Ganges, Indus, Brahmaputra, Salween, Mekong, Yangtse und der Gelbe Fluss. Von diesen Flüssen hängt das Wohl von mehr als zwei Milliarden Menschen in Indien, Pakistan, Südostasien und China entscheidend ab. Allein die Zuflüsse des Yangzi machen rund 40 Prozent der Frischwasservorräte Chinas aus. Wenn die Gletscher verschwinden, ist die Wasserversorgung Süd- und Ostasiens akut gefährdet. Denn obwohl in China 20 Prozent der Weltbevölkerung leben, befinden sich dort nur sieben Prozent der weltweit bestehenden Frischwasservorräte.

China will den Wasserreichtum des tibetischen Hochlands um jeden Preis wirtschaftlich nutzen und so könnte der Himalaya schon bald die Region mit der größten Dichte an Staudämmen in der Welt werden. Denn ohne Rücksicht auf die Bedenken von Tibetern plant und baut China immer neue Wasserkraftprojekte auf der Hochebene. Im Januar 2013 genehmigte der Chinesische Staatsrat drei neue Dammprojekte am Brahmaputra und 13 weitere Staudämme am Oberlauf des Salween-Flusses. Allein am Oberlauf des Brahmaputra sollen noch 28 Staudämme entstehen.

Heilige Seen und sakrale Orte der Tibeter werden zerstört, Flüsse umgeleitet, die Erosion an Berghängen und in Tälern geschürt, Menschen zwangsumgesiedelt und tiefe Eingriffe in Natur und Ökologie vorgenommen. Tibeter fürchten, dass durch die Staudämme noch mehr Bergrutsche ausgelöst werden, da Chinas Ingenieure auch engste Täler für Stauseen nutzen. Hinzu kommt, dass die Region akut Erdbeben gefährdet ist und es nur eine Frage der Zeit ist, wann die Mauer eines Großstaudamms bersten und eine Katastrophe auslösen wird. Das Risiko eines großen Unfalls wird auch durch die notorisch schlechte Bauqualität erhöht. Selbst staatliche chinesische Stellen bemängeln den Pfusch am Bau, der bei einer Staudamm-Katastrophe tausende Menschen das Leben kosten könnte.

Von den Stauseen im Himalaya sind nicht nur die sechs Millionen Tibeter betroffen, sondern auch hunderte Minderheiten an den Unterläufen dieser Flüsse. So beklagen indigene Fischer, die sich seit Jahrhunderten vom Fischfang im Indus in Pakistan ernährten, dass aufgrund der Staudämme im Himalaya der Fischreichtum im Fluss zurückgegangen ist. Adivasi-Ureinwohner in Indien sind besorgt, dass sie bald nicht mehr genug Wasser für die Bewässerung ihrer Felder am Unterlauf des Brahmaputra haben werden, weil China den Fluss aufstaut. Auch in Burma, Kambodscha und Laos wächst die Kritik. Denn alle diese Staaten sind akut betroffen von den Folgen der tief greifenden Eingriffe Chinas. Fast unbemerkt in Europa häufen sich die Proteste von Regierungen in Süd- und Südostasien gegen Chinas Plünderung des Wasserreichtums der Region. Doch bislang ist Peking nicht bereit, auf die Bedenken der Nachbarstaaten Rücksicht zu nehmen. (ud)

## **6. Malaysia: Riesiges Süßwasser-Biosphärenreservat wird allmählich zerstört**

Tausende Touristen sind jedes Jahr zum UNESCO-Biosphärenreservat Tasik Chini in Malaysia gereist, um mit dem Boot durch einen Teppich aus pinkfarbenen und weißen Lotusblüten zu fahren. Die einmaligen Landschaftsbilder kann man jetzt nur noch auf den Websites bewundern. Heute gibt es dort keine Lotusblumen mehr. Denn das zweitgrößte Süßwassergebiet Malaysias, das aus zwölf miteinander verbundenen Seen besteht, stirbt. Es ist die Lebensgrundlage von knapp 600 Jakun, die in Dörfern um Tasik Chini leben. Die Jakun sind eine von 19 indigenen Gruppen, die auf der malaiischen Halbinsel zu finden sind und die unter dem Sammelbegriff Orang Asli zusammengefasst werden. Sie leben in enger Verbindung mit dem See und sind auf ein intaktes Ökosystem angewiesen. Die Verschmutzung des Sees hat verheerende Auswirkungen auf die Lebensqualität der Jakun. Bereits 90 von ihnen leben unter der Armutsgrenze.

Die Errichtung von Palmöl- und Gummipflanzungen ab den 1990er Jahren hat bereits 60 Prozent des Waldes um Tasik Chini vernichtet. Aus den Plantagen werden bei Regen Chemikalien wie Dünger oder Pflanzenschutzmittel in den See gespült. Bedingt durch die Abholzungen und die Anpflanzung der Monokulturen haben sich an einigen Stellen des Sees auch Sedimente abgesetzt. In der Trockenzeit konnten die einträglichen Touristenboote den See so nicht mehr überqueren. Deshalb hat man 1996 einen Damm gebaut, der den Wasserspiegel anheben sollte. Mit dem Damm wurde der See jedoch völlig von den Flüssen abgeschlossen und er konnte sich nicht mehr selbst reinigen. Die Lotusblumen und einige Fischarten sind deshalb verschwunden. 2005 wurde eine alte Eisenerzmine wieder in Betrieb genommen, die den See weiter verschmutzt. Transparency International Malaysia warnt, dass es 2030 zum ökologischen Kollaps des Sees kommen wird, wenn die Regierung nichts zum Schutz des Süßwassergebietes

unternimmt. Den Status als UNESCO-Biosphärenreservat wird Tasik Chini dann auch verlieren.

Die Jakun leben vom Fischen, Jagen und Sammeln. Fisch aus den Seen ist mittlerweile ungenießbar geworden und riecht faul, wenn er aus dem Wasser kommt. Über die Hälfte des Waldes ist bereits abgeholzt und viel Gelände wurde wegen der Minenaktivitäten gesperrt. Den Jakun wird erzählt, dass das Wasser aus dem See krank macht, aber der See ist ihre einzige Wasserquelle. Die Touristen werden immer weniger und bringen den Jakun kaum noch Einkommen. Mit der Zerstörung Tasik Chinis verlieren auch die Jakun ihre Existenzgrundlage. (bh)

## **7. Indien: Staudämme zerstören die Lebensgrundlage der Adivasi-Ureinwohner**

Zehntausende Adivasi-Ureinwohner im Narmada-Tal in Indien wurden seit den 80er-Jahren für den Bau von Großstaudämmen zwangsweise umgesiedelt. Trotz jahrelangem friedlichem Widerstand und unzähligen spektakulären Protestaktionen gelang es den indigenen Gemeinschaften nicht, ihre Siedlungen zu erhalten. Nach dem Bau der Staudämme wurde es ruhig um die Adivasi, die entlang des Narmada, eines der größten Flüsse Indiens, leben. Doch ihr Leidensweg endete nicht: Die Ureinwohner, die nicht für den Bau von Stauseen umgesiedelt wurden und weiter am Unterlauf des Flusses leben, leiden heute mehr denn je unter den Folgen dieses weitreichenden Eingriffs in das Ökosystem. Nach dem Bau der Dämme ist das Aufkommen bestimmter Fischarten um bis zu 75 Prozent zurückgegangen. Einige sind ganz ausgestorben. Für die Fische ist aufgrund der Dämme häufig der Wasserstand zu niedrig, Laichgründe verschwinden und im Mündungsbereich versalzt das Wasser, sodass dort einige Fischarten nicht fortbestehen können. Dabei sind Indiens Flüsse traditionell für ihren Artenreichtum bekannt. Fast 1.000 Fischarten wurden früher in dem Land registriert.

Als bedeutende Nahrungsgrundlage ist der Fisch für die Adivasi überlebenswichtig. Rund elf Millionen Menschen sind auf diese Nahrungsquelle angewiesen. Staudämme sind die Hauptursache für den Zusammenbruch der Fischwirtschaft in den Binnengewässern des Subkontinents, erklärt das zentrale Fischerei-Institut Indiens.

Doch Lehren werden daraus nur wenige gezogen. Schon heute gibt es in Indien 4.300 Staudämme. Weitere 200 Dämme sind zurzeit allein im Bundesstaat Arunachal Pradesh im Nordosten des Landes im Bau. Gegen viele dieser Projekte leisten Ureinwohner Widerstand. Gerade im Nordosten Indiens leben besonders viele verschiedene, kleinere Adivasi-Gemeinschaften, die im ganzen Land rund 95 Millionen Angehörige zählen. Die Weltkulturorganisation UNESCO warnt, dass diese Vielfalt indigener Kulturen im

Nordosten Indiens akut bedroht ist. Dazu tragen auch neue Wasserprojekte erheblich bei. Solange Indien rücksichtslos auf den Bau immer neuer Großstaudämme setzt, wird der Druck auf die Ureinwohner noch weiter zunehmen. (ud)

## **8. Kambodscha: Staudamm am Sesan-Fluss bedroht mehr als 55.000 Chunchiet**

Der Baubeginn des 400-Megawatt-Wasserkraftwerks „Lower Sesan 2“ im Nordosten von Kambodscha Anfang 2014 scheint beschlossene Sache. Mitte Februar 2013 bewilligte die Regierung in Phnom Penh finanzielle Garantien für das mit 781 Millionen US-\$ größte ausländische Investitionsprojekt am Unterlauf des Sesan-Flusses in der Provinz Stung Treng, an dem die Unternehmen Royal Group aus Kambodscha und Hydrolancang International Energy Company aus China beteiligt sind. In fünf Jahren soll die Hälfte des hier produzierten Stroms in das nationale Netz eingespeist, die andere Hälfte dem chinesischen Markt zugeführt werden.

Das Kraftwerk ist das größte und umstrittenste von 26 geplanten Vorhaben an den drei bedeutenden Mekong-Zuflüssen Sesan, Srepok und Sekong im Dreiländereck von Kambodscha, Laos und Vietnam. Von den Folgen unmittelbar betroffen sind mehr als 5.000 Chunchiet, die Ureinwohner im Hochland von Kambodscha.

Wird das Wasser am Sesan-Fluss auf einer Fläche von rund 340 Quadratkilometern wie geplant aufgestaut, werden mindestens sieben Dörfer von Angehörigen der Phnong, Kreung, Khmer Kek und anderen kleinen indigenen Gruppen mitsamt ihrer Feldern zerstört und mehr als 30.000 Hektar Wald und zahlreiche kleine Flüsse vernichtet. Über das Bauvorhaben wurden die Betroffenen bislang nur unzureichend informiert. Obwohl die ersten Vorarbeiten unmittelbar bevorstehen, wurden keine Gespräche über die Bedingungen einer Umsiedlung und über Kompensationsleistungen geführt.

Stromaufwärts und -abwärts sind indirekt rund 50.000 weitere Chunchiet von den Auswirkungen des Bauvorhabens betroffen. Wie bereits die Folgen des Yali-Fall-Damms am Oberlauf des Sesan in Vietnam zeigen, wird auch der Staudamm am „Lower Sesan 2“ die Wanderwege mehrerer Fischarten unterbrechen, so dass den Flussanrainern eine wichtige Nahrungs- bzw. Proteinquelle verloren geht. Ähnlich negativ dürfte sich auch die Abflussregulierung auf die Verfügbarkeit von Wasser besonders in der Trockenzeit auswirken, die auch für Minderungen der Wasserqualität verantwortlich ist und unberechenbare Pegelschwankungen verursachen kann. Diese gefährden die Menschen und Tiere unmittelbar; 37 Personen sind am Sesan wegen der Wasserfluktuation bereits ertrunken. Ähnliches steht zu befürchten, wenn der „Lower Sesan 2“ gebaut wird. Ein funktionierendes Frühwarnsystem konnte bislang nicht installiert werden.

Auch dringend notwendige Untersuchungen über die Auswirkungen von Mehrfach-Stauungen der Flüsse in der Region fehlen bislang. Zwar fordert die kambodschanische Regierung weitere Prüfungen des geplanten 1.285-Megawatt-Staudamms Xayaburi am Mekong in Laos, der unüberschaubare Folgen für die Nahrungssicherheit der Menschen am Unterlauf in Kambodscha und Südvietnam haben kann. Jedoch ist eine kritische Haltung gegenüber Projekten im eigenen Land dringend geboten. Denn die notwendige Verbesserung der Energieversorgung kann langfristig nicht gelingen, ohne die Bedürfnisse der Menschen mit einzubeziehen. (jk) - *Weitere Informationen unter: [www.3spn.org](http://www.3spn.org)*

## **9. Tadschikistan: Rogun-Staudamm verschärft Konflikt mit Usbekistan**

In Zentralasien ist die Wasserversorgung in weiten Teilen problematisch. Ein Grund dafür ist die Baumwollwirtschaft, die extensiv und mit hohem Düngemittelleinsatz betrieben wird und viel Wasser verbraucht. Der Rogun-Staudamm am Fluss Vachschi in Tadschikistan, das die meisten natürlichen Wasservorräte hat, soll Abhilfe schaffen und das Land darüber hinaus zum größten Energielieferanten Zentralasiens machen. Das Interesse Tadschikistans an der Errichtung des Staudammes ist so groß, dass bereits die Bevölkerung unter Druck gesetzt wurde, zur Finanzierung des Projektes beizutragen. Viele Menschen waren gezwungen, Aktien des Projekts zu kaufen – denn nur so durften sie einen Studienabschluss machen oder bekamen eine Wohnung.

Doch Tadschikistan provoziert mit der Errichtung des Staudammes auch eine Eskalation der Spannungen mit dem Nachbarland Usbekistan. Laut Studien der ICG (International Crisis Group, 2002) könnte Tadschikistan mit dem Bau des Rogun-Dammes fast die gesamte Abflussmenge des Vachschi, dem großen Zufluss des Amur Darja-Flusses, kontrollieren. Mit seiner intensiven Baumwollwirtschaft ist Usbekistan auf das Wasser von Vachschi und Amur Darja angewiesen. Der Wasserverlust am Amur Darja würde das Austrocknen der ihm anhängenden Flüsse und Seen fördern. Wie bereits am Aralsee zu beobachten, würden die Gewässer und auch heute landwirtschaftlich genutzte Flächen zunehmend versalzen und so einem großen Teil der Bevölkerungen die Lebensgrundlage entziehen.

Eine weitere große Sorge Usbekistans ist, dass für den Bau große Erdmassen in einem seismisch hochaktiven Gebiet bewegt werden müssen. Auf diese Weise wird das Bergmassiv des Vachschi enormem Druck ausgesetzt. Ein Bruch des Staudammes, hervorgerufen durch ein Erdbeben, würde eine über 100 Meter hohe Tsunamiwelle auslösen, die mit enormer Geschwindigkeit mehrere Ortschaften überfluten und tausende Menschen töten würde.

Die bilateralen Beziehungen zwischen Usbekistan und Tadschikistan sind schon jetzt von Feindseligkeiten geprägt. Am 19. April 2012 berichtete die Nachrichtenagentur Ria Novosti von einer öffentlichen Auseinandersetzung der beiden Präsidenten, woraufhin diese ihre Armeen aufmarschieren ließen. Die Bevölkerung leidet enorm unter den seit Jahren zunehmenden Spannungen zwischen Usbekistan, Tadschikistan und Kirgistan. Familien werden getrennt, denn Grenzblockaden machen Besuche unmöglich. Immer wieder kommt es zu kleineren, aber gefährlichen Übergriffen in umstrittenen Grenzgebieten. Erst im Januar 2013 griffen im Ferghanatal Tadschiken einen kirgisischen Grenzposten an, Autos wurden demoliert und 30 kirgisische Geiseln genommen.

Der vorläufige Baustopp für den Rogun-Staudamm, der gilt, bis die Weltbank eine neuerliche Überprüfung durchgeführt hat, wird von Tadschikistan nicht eingehalten: Im unteren Bereich des Dammes wird weitergearbeitet. (nb)

## **10. Russland: Industrie und Wasserkraftwerke gefährden indigene Fischer und Rentiernomaden**

Der Wasserkodex der Russischen Föderation aus dem Jahr 2006 hat die wirtschaftliche Nutzung der Flüsse und Seen zum Ziel. Hier gibt es über 2,5 Millionen Flüsse und die Küsten Russlands sind einzigartige Biotope für Meeressäuger, Fische und viele weitere Tier- und Pflanzenarten. Seit Jahrhunderten siedeln indigene Völker an den Ufern und Küsten. Sie sind meist Fischer und auf sauberes Wasser angewiesen. Viele Flüsse sind jedoch verseucht. Das betrifft besonders auch Flüsse, die Grenzen überschreiten. So wurde der Amur 2005 kilometerweit verseucht, weil in China Benzol ausgelaufen war.

Staudämme und gigantische Wasserkraftwerke haben viele Flüsse für immer verändert. Aktuell laufen allein in der Region Krasnojarsk Planungen für sieben Wasserkraftwerke, darunter auch das gigantische Kraftwerk an der unteren Tunguska „Evenskaja“. Es ist wieder in den Entwicklungsplan für die Region aufgenommen worden, obwohl sich seit 2009 Anwohner und Umweltschützer sowie Menschenrechtler weltweit gegen das Kraftwerk engagiert haben.

An der unteren Tunguska leben 17.300 Menschen. Davon gehören 21 Prozent zum indigenen Volk der Evenken. Der Bau des Wasserkraftwerks bedeutet für sie die Zerstörung ihrer Lebensgrundlage und ihrer Kultur. Eine Million Hektar einzigartiger Lärchenwald müssten geflutet werden. Der Wald ist weitgehend unberührt und somit wichtig für die biologische Artenvielfalt und den Klimaschutz. Außerdem ist diese riesige Fläche an Natur von immenser Bedeutung für das ökologische Gleichgewicht nicht nur lokal, sondern weltweit.



In der Region wurden Anfang bis Mitte der 1970er Jahre unterirdische, nukleare Sprengungen durchgeführt. Dadurch entstanden in Salzlagen im Gebiet Yermakovo drei radioaktiv verseuchte, unterirdische Kammern. Diese befinden sich im Flutungsgebiet der unteren Tunguska und würden durch die Wasserstauung aufgebrochen. Darüber hinaus würden sich Salzeinlagerungen auflösen und allmählich den Permafrost zerstören. Und nicht zuletzt würde aus dem Süßwasser Salzwasser – mit katastrophalen Folgen für die Umwelt.

Die Nord Stream Pipeline führt von der Halbinsel Jamal, wo die letzten halbnomadisch lebenden Rentierhirten der Nenzen zu Hause sind, durch die Nordsee nach Greifswald. Nun wird eine weitere Röhre gebaut. Ihr Bau zerstört das 650 Quadratkilometer große Wasserschutzgebiet „Kurgalski“. Dort leben allein 96 Vogelarten, die auf der Roten Liste stehen, sowie Ringelrobben und andere Meeressäuger. Es umfasst Inseln, Sumpfgebiete und erstreckt sich vom finnischen Golf bis zur Ostsee. Das Gebiet wird international durch die „Ramsar Konvention“ sowie die „Konvention zum Schutz der Meeresumwelt an der Ostsee“ geschützt. Gazprom, der wichtigste Anteilseigner am Nord Stream Konsortium, hat schon mit den Explorationsarbeiten begonnen. (sr)

## **11. Die Barentssee: Bedroht durch Industrialisierung und Militarisierung**

Die Barentsregion umfasst die nördlichsten Gebiete Norwegens, Schwedens, Finnlands und Nordwest-Russlands. Ein Großteil des 1,8 Millionen Quadratkilometer großen Gebietes liegt jenseits des Polarkreises. Die Region mit ihren einzigartigen Meeressäugern, Vogelarten und Pflanzen ist die Heimat von indigenen Völkern wie den Samen, Nenzen und Komi.

Der Klimawandel vollzieht sich in der Arktis viel schneller als in anderen Teilen der Welt. Am 28. Januar 2013 meldete das russische Hydrometeorologische Zentrum, dass 5,2 Prozent weniger Eis auf der Arktis seien als normal und in der Barentssee sogar 15 Prozent weniger. Es ist also nur noch eine Frage der Zeit, bis die Wasserwege hier offen sind. Das weckt seit Jahren Begehrlichkeiten. Zwar kooperieren die Anrainerstaaten im Rahmen des Euro-Arktischen Barentssee Rates, auf der anderen Seite jedoch entwickeln sie eigene Programme, ihre Unternehmen gehen gegeneinander in Stellung und der russische Präsident Putin warnte vor einer Militarisierung der Region.

Auch China versucht, beim Run auf die Rohstoffe mitzuspielen. So sagte der chinesische Botschafter in Norwegen, Zhao Jun, im Februar 2013: „Die Kooperation zwischen der Barentsregion und Nichtanrainern der Arktis wird wachsen, wenn die Wasserwege offen sind.“ Seit mehreren Jahren versucht China den Beobachterstatus im Arktischen Rat zu



erhalten. Norwegen und Schweden haben schon signalisiert, dass sie zunehmendes Engagement Chinas in der Barentsregion unterstützen.

Die russische Regierung hat im Februar 2013 ein Entwicklungsprogramm für die Arktis bis 2020 verabschiedet. Dies ist recht allgemein gehalten, legt aber einen Schwerpunkt auf die Industrialisierung der Region und auf die Sicherung der Grenzen, auch durch die Stationierung von mehr Geheimdienstpersonal gerade in der Barentsregion. Auch das Abschlussdokument des nächsten Treffens des Euro-Arktischen Rates in Kirkenes vom 3.-4. Juni 2013 wird die wirtschaftliche Entwicklung, d.h. ganz konkrete Projekte der Rohstoffgewinnung, in den Vordergrund stellen.

Dabei wird nicht auf die indigenen Völker gehört, die seit vielen Jahrzehnten gerade im russischen Teil des Gebietes unter massiven Umweltschäden, Vergiftungen und Verseuchungen durch die Industrie leiden. Greenpeace hatte im August 2012 in Usinsk eine Konferenz organisiert, wo sich indigene Völker, die von Ölförderung betroffen sind, z.B. aus Nigeria, Russland, Schweden trafen und über ihre Probleme austauschten und Lösungen beratschlagten. Jon Burgwald von Greenpeace Dänemark, schreibt in seinem Blog: „Wir hörten einen Lukoil-Vertreter, den Leiter der „Umwelt“-Abteilung des Konzerns. Er nahm uns mit zu einer Besichtigung der Aufräumarbeiten auf einem Ölfeld (...). Wir erwarteten eine gehörige Dosis Greenwashing, doch stattdessen war der Ort, zu dem er uns brachte, von dem größten Ölunfall, den wir auf der Tour gesehen haben, betroffen: Ein riesiger, schwarzer, schlammiger Ölfleck – Öl, soweit das Auge reicht und von keinerlei Barriere daran gehindert, in die Umwelt ringsum zu sickern. Der Geschmack giftiger Dämpfe liegt mir noch immer auf der Zunge.“ (sr)

## **12. Kanada: Aus für den Gewässerschutz**

Kanada verfügt mit seinem weit verzweigten Netz von Seen, Flüssen und Bächen über ungeheure Süßwasservorräte. Zumeist befinden sie sich auf dem traditionellen Land der indianischen First Nations, der Inuit und der Métis. Bislang war der Gewässerschutz vorbildlich. Das Gesetz zum Schutz schiffbarer Gewässer (Navigable Waters Protection Act NWPA) von 1882 schrieb ein umfassendes Genehmigungs- und Prüfverfahren vor, bevor irgendeine Maßnahme durchgeführt werden konnte, die ein schiffbares Gewässer einbezog. Fischer, Angler und Trapper mussten nicht um ihre Existenz fürchten. Doch jetzt drohen Gesetze, wie die derzeit im Genehmigungsverfahren befindlichen Gesetzespakete Bill C-38 und Bill C-45, Wirtschaftsentwicklung und Rohstoffausbeutung über den Schutz der Verfassungs- und Vertragsrechte der First Nations zu stellen.

Herzstück dieser neuen Gesetzgebung ist das Gesetz zum Schutz der Schifffahrt (Navigation Protection Act NPA), welches das NWPA von 1882 ablöst. Es reduziert den

Gewässerschutz auf ein Minimum. Nur noch 97 von 32.000 größeren Seen, 62 von mehr als 2,25 Millionen Flüssen und die drei Meere (Atlantik, Pazifik, Nordpolarmeer) werden geschützt bleiben. Das bedeutet: für 99,9 Prozent der schiffbaren Gewässer, von denen viele sich in dem traditionellen und durch Verträge geschützten Land der First Nations befinden, entfällt jeder Schutz. Kritiker sehen darin eine Konzession an die Wirtschaftsinteressen z.B. der sehr wasserintensiven Ölgewinnung aus Teersand, die auch das Grundwasser extrem gefährdet. Dies wird auch als Entgegenkommen für Wirtschaftspartner wie China oder die EU gewertet, mit denen Kanada Freihandelsverträge anstrebt.

Die indigenen Völker Kanadas, unterstützt von der Umwelt- und Bürgerrechtsbewegung, laufen Sturm gegen die neuen Gesetze. Die Indianer, Inuit und Métis wurden in das Gesetzgebungsverfahren nicht einbezogen, obwohl die Landesverfassung und die UN-Deklaration über die Rechte indigener Völker, der Kanada 2010 beigetreten ist, dies vorschreiben. Ihre Bewegung Idle No More (Nicht länger untätig) machte weltweit bereits Schlagzeilen. (yb)

### **13. Peru: Wasser oder Gold? – Der Mine „Conga“ sollen zwei Seen weichen**

In den Provinzen Cajamarca und Celedin, im Norden von Peru, kämpfen die indigenen Gemeinden seit 2009 gegen das Minenprojekt "Conga". "Conga" soll die größte lateinamerikanische Goldmine Yanacocha ergänzen. Die Planungen reichen in die Regierungszeit des vorherigen Präsidenten Alan Garcías zurück. Die lokale Bevölkerung befürchtet, dass ihr Süßwasser durch den Goldabbau vergiftet wird.

Im Juli 2012 tötete die Polizei drei Demonstranten, die in der Kleinstadt Celedin ihren Protest gegen die Minenerweiterung ausdrückten. Um eine weitere Eskalation zu verhindern, wurde für 60 Tage der Ausnahmezustand verhängt. Die Militärpolizei geht hart gegen jeden Protest vor. Der Grund: Der Staat plant Minenprojekte ohne Befragung der lokalen indigenen Gemeinden. Somit verstößt er gegen die wichtigsten Bestimmungen der ILO-Konvention 169 - das freie, vorherige und informierte Zustimmung der indigenen Gruppen zu Projekten, die Auswirkungen auf sie haben. Im Fall Cajamarcas fühlt sich die Bevölkerung den Quechua zugehörig, wird aber vom Staat nicht als solche anerkannt.

Das US-Unternehmen Newmont Mining realisiert das Projekt in Zusammenarbeit mit dem peruanischen Bergbauunternehmen Buenaventura. Finanzspritzen kommen zudem von der Weltbank-Tochter IFC. In der Region Cajamarca sollen hierfür erst vier, jetzt nur

noch zwei Seen verlegt werden, welche die Wasserversorgung der ansässigen Bevölkerung sichern.

Aufgrund mangelnder Sicherheitsbestimmungen ist im Verlauf eines Flusses unterhalb von Yanacocha das Wasser mit Zyanid und anderen Stoffen belastet, die bei der Goldgewinnung anfallen. Hautreizungen, Lungenprobleme, Missbildungen bei Neugeborenen, erhöhte Krebsraten sind nur einige der gesundheitlichen Folgen. Das Unternehmen ist bis heute dafür nicht zur Verantwortung gezogen worden. Ähnliches befürchtet man bei „Conga“, weswegen die Bevölkerung der Provinzen Widerstand leistet. Trotz gravierender Mängel der neuen Umweltverträglichkeitsprüfung, wurde "Conga" genehmigt und der Baubeginn ist mit einigen Veränderungen für 2014 geplant – verantwortlich dafür ist Präsident Ollanta Humala, der sich zu Beginn seiner Amtszeit für eine ökologisch vertretbare Politik einsetzte. Die Rechte der indigenen Bevölkerung werden hier mit Füßen getreten. (me)

#### **14. Guatemala: Giftiges Wasser durch Goldabbau am Beispiel der Mine Marlín**

Weil er aus Protest an einer Straßenblockade gegen einen Transporter der Mine Marlín teilnahm, musste der Kaq'chikel-Kleinbauer Raúl Castro Bocel aus der Region Sololá sterben. Er kam im Jahr 2005 etwa 150 Kilometer von der Mine entfernt durch Schüsse der Militärpolizei ums Leben. Weiter im Osten des Landes, im Departamento San Marcos, wurde die Mine des kanadischen Großkonzerns Goldcorp im selben Jahr in Betrieb genommen. Besonders die Gemeinden San Miguel Ixtahuacán und Sipacapa werden dadurch nach wie vor stark in Mitleidenschaft gezogen. In beiden Orten stellen Mam- bzw. Sipakapese-Maya die Bevölkerungsmehrheit. Diese bekommen die negativen Folgen des Goldabbaus, für den riesige Mengen Wasser verbraucht werden, täglich zu spüren: Hauterkrankungen, erhöhte Werte von giftigen Metallen in Blut und Urin und der Verfall des regionalen sozialen Gefüges.

Eine Studie von Goldcorp selbst zeigt feindseliges Verhalten zwischen Befürwortern und Gegnern der Mine in der Region. Ebenfalls im Jahr 2005 fand in Sipacapa ein Volksentscheid auf der Basis der ILO-Konvention 169 und der guatemaltekischen Verfassung über die Errichtung der Mine statt. Dessen Ergebnis war ein eindeutiges „Nein“ – trotzdem wurde er durchgesetzt.

Die Mine Marlín benötigt in einer Stunde so viel Wasser wie eine bäuerliche Großfamilie in circa 20 Jahren. Zur Herauslösung von Edelmetallen kommt auch hier das hochgiftige Zyanid zum Einsatz. Seit fünf Jahren überwacht die Comisión Pastoral Paz y Ecología (COPAE) der Diözese San Marcos die Wasserqualität um die Mine herum. Sie berichtet,

dass hohe Konzentrationen von Kupfer, Aluminium, Mangan und vor allem Arsen messbar seien. Ebenso wurden in den Flüssen Quivichil und Tzalá Nitrate vorgefunden. Das Centro de Estudios del Mar y Acuicultura (CEMA) der Universität von San Carlos de Guatemala kam zu ähnlichen Ergebnissen. Verschiedene indigene Gruppen ganz Zentralamerikas sehen ihre Existenz durch den Bergbau in Gefahr. Im Rahmen der Versammlung „Yes to Life – No to Mining“ vom 17. bis 20. Januar 2013 in Mexiko kamen Indigene, Organisationen und Netzwerke zusammen, um Probleme zu analysieren, die mit dem Bergbau in ihren Territorien zusammenhängen. (mz)

## **15. Argentinien und Paraguay: Guarani durch Yacyretá-Damm vertrieben**

In der Nähe der argentinischen Stadt Posadas, am Paraná, dem Grenzfluss zwischen Argentinien und Paraguay, steht der Yacyretá-Staudamm, dessen Bau acht Milliarden US-Dollar gekostet hat. Die lokale indigene Bevölkerung wurde im Vorfeld nicht konsultiert und auch nach Ratifizierung der ILO-Konvention 169 durch Argentinien 1991 und Paraguay 1993 kaum einbezogen.

1983 begann der Dammbau als Gemeinschaftsprojekt der beiden Staaten und endete 1998. Die Stauung des Paraná, deren Resultat die Entstehung eines künstlichen Sees war, führte zur Vertreibung der ansässigen indigenen Minderheit, der Guarani, die auf der Yacyretá-Insel lebten. Die Insel war durch die Stauung untergegangen. Als das Wasser 73 Meter hoch stand, wurde das weitere Auffüllen gestoppt. Denn die betroffenen Indigenen hatten sich in der Nichtregierungsorganisation Sobrevivencia zusammengeschlossen und offiziell bei der Weltbank Beschwerde gegen den Damm eingereicht. Der Webseite [lateinamerikanachrichten.de](http://lateinamerikanachrichten.de) zufolge sollen Richtlinien bei der Durchführung des Projektes vernachlässigt worden sein. Dazu zählt der Bereich Zwangsumsiedlungen (beispielsweise war das Einkommensniveau der Betroffenen nach ihrer Umsiedlung niedriger als zuvor) sowie die Bereiche Umweltverträglichkeit, indigene Völker, Kultur und die Beobachtung und Prüfung des Projektes. Trotzdem wurde 2011 der Pegel aus ökonomischen Gründen auf die Höhe von 83 Metern gehoben, obwohl das Risiko eines Schadens am Damm ab der 82-Meter-Marke stark ansteigt und sich Teile der Staumauer bei starken Regenfällen lösten. Insgesamt 80.000 Menschen verloren bei der Pegelerhöhung auf 83 Meter ihr Land. Die indigene Bevölkerung lebt heute versprengt und mit geringem sozialem Zusammenhalt in Städten oder ihnen wurden Ländereien mit schlechter Bodenqualität zugewiesen.

Die Böden am Stausee sind verseucht. Schuld daran ist, dass auch ganze Fabriken in den Fluten versanken und darüber hinaus ungeklärtes Abwasser in den Stausee geleitet wird. Außerdem verunreinigt die im See belassene Vegetation das Wasser. Die Folgen

sind verseuchtes Grundwasser, Malariaausbreitung und eine starke Abnahme der Fischvielfalt, wovon die Guarani direkt betroffen sind.

Aktuelle Proteste der indigenen Bevölkerung gegen die sozialen und ökologischen Folgen des Projektes verlaufen weitgehend ergebnislos. Denn seitens der beiden Staaten scheint sowohl der Wille als auch das Geld zu fehlen, die negativen Folgen einzudämmen. (me)

### **16. Dürre am Amazonas**

Das Klimagleichgewicht in Brasilien gerät aus den Fugen. Im wasserreichen Bundesstaat Amazonas kam es in den vergangenen zehn Jahren zu zwei dramatischen Dürren. Im Oktober 2005 gingen Bilder von Schiffen, die im Flusssand des Rio Negro feststeckten, um die Welt. Aufnahmen dieser Schiffe galten als Symbol des Klimawandels. Durch die Trockenheit begünstigt, brachen Waldbrände aus. Unzählige Fische verendeten. Die indianischen und nicht-indianischen Flussanrainer wurden durch verschmutztes Wasser krank. Es war die schlimmste Trockenheit seit 40 Jahren.

Abholzung trägt dazu bei, dass sich solche Dürren wiederholen werden. Denn ohne Bäume und ihre große Blattmasse kann längst nicht so viel Wasser verdunsten, das als Niederschlag zur Erde zurückkehrt. Im Süden Brasiliens kommt es dagegen immer öfter zu außergewöhnlich heftigen Regenfällen. "Starker Regen in der einen und Trockenheit in der anderen Region sind die zwei Seiten derselben Medaille", sagt der führende Klimaforscher des Landes, Carlos Nobre vom staatlichen Wetterforschungsinstitut INPE.

Der Amazonasregenwald ist von großer Bedeutung für das regionale und globale Klima. Große Wolken aus Wasserdampf, die verdunsten und als sogenannte „fliegende Flüsse“ gegen die Anden treiben, werden von dort zurückgeworfen und über das gesamte Amazonasgebiet verteilt, das ohne diesen Mechanismus keinen Regen bekommt. Doch der Raubbau am Wald stört dieses System empfindlich.

Im Oktober 2010 galt erneut in 25 der 62 Gemeinden des brasilianischen Bundesstaates Amazonas der Notstand. Mehr als 40.000 Familien waren auf Hilfslieferungen aus der Luft angewiesen, weil größere Versorgungsschiffe aufgrund des niedrigen Wasserstands der Flüsse nicht mehr fahren konnten. Der Rio Negro, sonst einer der mächtigsten Flüsse der Welt, fiel auf den tiefsten Pegelstand seit Beginn der Messungen vor über 100 Jahren. Auch der Amazonas und seine Nebenflüsse waren auf einem Tiefststand. (yb)

## 17. Amazonien unter Wasser

Brasilien setzt auf Wasserkraft. Schon heute hat sie einen Anteil von 85 Prozent an der Energieproduktion des Landes. Saubere Energie ist das nicht. Denn solche Projekte setzen ungeheure Mengen Fäulnisgase frei, zerstören große Waldflächen und die Lebensgrundlage zahlreicher indigener Völker im Amazonasgebiet. Der umstrittene Belo-Monte-Damm am Xingu-Fluss ist das derzeit größte, aber bei weitem nicht einzige Wasserkraftprojekt. 2009 legte die Menschenrechtsorganisation für die Rechte der indianischen Völker Brasiliens CIMI eine Liste mit 46 geplanten kleineren und größeren Wasserkraftprojekten vor. Das Becken der Flüsse Rio Paraná und Rio Uruguay veranschlagt CIMI mit etwa 20 Prozent des gesamten brasilianischen Wasserkraftpotentials, die Amazonasregion mit den Becken der Flüsse Rio Madeira, Rio Tocantins, Rio Araguaia, Rio Xingu und Rio Tapajós mit 50,2 Prozent. Insgesamt geht man inzwischen von mindestens 70 allein im Amazonasgebiet geplanten Kraftwerken aus.

Am Rio Madeira entstehen gerade die Wasserkraftwerke Santo Antônio und Jirau. „Sie haben viel Urwald für die Baustellen gefällt“, klagt der brasilianische Physiker und Kraftwerksgegner Artur Moret von der Universität Porto Velho. „Hier am Hafen kamen schon hunderte Tonnen tote Fische an. Sie haben den Fluss aufgestaut und für die Baustellen umgeleitet. Wenn du einen Fluss an einer Stelle aufstaut, dann schaffst du an einer anderen Stelle überschwemmte Ufer mit flachem Wasser. Das Wasser wird wärmer, und der Sauerstoffgehalt verringert sich, Fische sterben.“ Indianische Fischer werden ihre Existenzgrundlage, aber auch ihre Pflanzungen verlieren.

Damit nicht genug, in den nächsten 20 Jahren sollen auch an fünf der sechs großen Amazonas-Zuflüsse in den Anden 151 Wasserkraftwerke entstehen, hauptsächlich in Peru und Ecuador und in geringerem Ausmaß auch in Bolivien und Kolumbien. Allein am Marañón-Fluss in Peru sollen es 81 werden. Nur der Putumayo-Fluss in Kolumbien ist unter den großen Zuflüssen des größten Wasserbeckens der Welt frei von Staudammprojekten. (yb)

## 18. Chile: Der „Mapuche-Faktor“ und das Staudammprojekt HidroAysén

Von einem „Kampf“, einer „Schlacht“ und sogar einem „Krieg“ ist die Rede, als die chilenische Onlinezeitung El Mostrador im Mai 2011 vom Staudammprojekt HidroAysén und dem „Mapuche-Faktor“ berichtet – noch dazu konzentrieren sich diese drei Worte in nur zwei Zeilen. HidroAysén ist ein Gemeinschaftsprojekt der beiden Firmen Empresa Nacional de Electricidad S.A. und Endesa Inverciones Generales S.A.. Für HidroAysén sollen circa 2.000 Kilometer südlich von der Landeshauptstadt Santiago de Chile fünf Staudämme an den Flüssen Baker und Pascua errichtet werden. „Der wahre Krieg“,

schreibt die chilenische Zeitung El Mostrador, werde aber nicht beim Bau der Staudämme geführt, sondern bei der Errichtung der Stromleitungen von der Peripherie ins Zentrum des Landes.

Von der Übertragungstrasse des elektrischen Stroms, den das geplante, großangelegte Staudammprojekt in Patagonien produzieren soll, werden 25 indigene Gemeinden direkt betroffen sein. Dies sagte Patricio Rodrigo, Vorstandssekretär des Consejo Defensa de Patagonia. Von Patagonien aus sollen Stromleitungen bis ins Landesinnere führen, die unweigerlich durch indigenes Territorium gehen. Außerdem sei es „nicht auszuschließen, dass die Übertragungstrasse auch durch Temucuicui geht“, berichtete er. Temucuicui ist eine wichtige Mapuche-Gemeinde, der ein besonders ausgeprägtes Identitätsbewusstsein nachgesagt wird und die als Hochburg des Widerstandes gegen Landraub und Großkonzerne gilt.

Die Ablehnung gegen das Projekt wächst, da die ökologischen Folgen und die Auswirkungen auf die lokale Bevölkerung nicht abschätzbar seien, berichtet der online Nachrichtendienst OneWorld.at. Die Mapuche stellen sich quer, denn bereits etwas mehr als zehn Jahre zuvor wurden sie mit dem Ralco-Staudammprojekt am Fluss Bío Bío vor vollendete Tatsachen gestellt: So bemängelt das Centro de Documentación Mapuche 2002 in einem offenen Brief an den Präsidenten die Umsiedlung von 400 Mapuche-Pewenche. Hinsichtlich HidroAyséns wehren sich die Mapuche, welche mit insgesamt rund 650.000 Angehörigen die größte indigene Gruppe Chiles stellen, vehement gegen die Stromtrasse, die durch ihr Land verlaufen soll. Chile hat die ILO-Konvention 169 unterschrieben und ist daher verpflichtet, bei so tiefgreifenden Veränderungen wie dieser zuvor die betroffenen Indigenen zu konsultieren und einzubeziehen. (mz)